

Trotz Ablehnung durch den Kantonsrat: Initianten halten an Uferinitiative fest

Das Stimmvolk im Kanton Zürich wird am 3. März 2024 über durchgehend begehbare Uferwege an den Zürcher Gewässern abstimmen.

Sven Hoti (sho)

Braucht es um den Zürichsee und weitere Gewässer einen durchgehend begehbaren Wanderweg? Nein, [fand jüngst eine Mehrheit des Kantonsrats](#) und lehnte wie auch der Regierungsrat die sogenannte Uferinitiative von Parteivertretern von SP bis GLP ab. Die Initianten halten jedoch an ihrer Initiative fest, wie sie am Montag in einer Mitteilung bekräftigten. Das Stimmvolk wird also definitiv am 3. März 2024 darüber abstimmen.

«Die Realisierung eines Netzes durchgehender Wanderwege mit ökologischer Aufwertung an den Ufern aller Zürcher Gewässer ist ein Gebot der Stunde», heisst es in der Mitteilung. Die Bevölkerung nehme stetig zu und brauche auch im überbauten Raum mehr Bewegungs- und Erholungsräume. Die Verankerung des Uferschutzes in der Kantonsverfassung stärke die öffentlichen Interessen entlang aller See- und Flussufer auch im Gerichtsfall gegenüber ausschliesslich privater Ufernutzung.

Zankapfel Privateigentum

SVP, FDP, Mitte und Teile der GLP haben sich im Kantonsrat gegen die Initiative ausgesprochen. Ein Grund dafür ist das Privateigentum, welches die Kantonsratsmitglieder nicht antasten wollen. «Die Uferinitiative ist eine klassenkämpferische Zwängerei. Der Eigentumsschutz würde damit untergraben und die Hürde für Enteignungen massiv gesenkt», sagte SVP-Kantonalparteipräsident Domenik Ledergerber im Kantonsrat.

Laut dem Regierungsrat sind Enteignungen nicht einfach so zulässig. Er argumentiert mit dem Strassengesetz: Demgemäss dürften Eigentümerinnen und Eigentümer privater Grundstücke nur dann enteignet werden, wenn es bei der Wegführung keine Alternative gebe oder dies sehr aufwendig wäre. Volkswirtschaftsdirektorin Carmen Walker Späh (FDP) wies im Kantonsrat zudem auf die hohen Kosten hin, die mit Landübernahmen entstünden. Rund eine halbe Milliarde Franken soll das Ganze kosten.

Die Initianten wiederum argumentieren mit dem Zivilgesetzbuch. So halte dieses sinngemäss fest, dass Gewässer öffentlich seien. Die meisten Liegenschaften am See lägen auf Konzessionsland, das dazumal mit staatlicher Bewilligung aufgeschüttet worden sei. Es handle sich also um öffentlich-rechtliches Eigentum, das dem Kanton kostenlos zustehe. Im Unterschied zum Kanton rechnen die Initianten entsprechend mit weitaus tieferen Kosten von rund 150 Millionen Franken.

Knapp die Hälfte ist schon gebaut

Die Initiative möchte den Kanton mittels neuem Artikel in der Verfassung dazu zwingen, See- und Flussufer öffentlich zugänglich und begehbar zu machen. Beim Zürichsee soll dies bis 2050 geschehen sein. Bis heute ist dort mit knapp 26 Kilometer etwa die Hälfte des Uferwegs gebaut. Auf weiteren über 12 Kilometer läuft der Weg auf dem Trottoir entlang der Seestrasse. Auf knapp 13 Kilometer bestehen noch Lücken.

Die gemäss Initiative zu schaffenden Uferwege seien möglichst nahe am Ufer zu führen. Dabei soll dem Natur- und Landschaftsschutz Sorge getragen werden und unberührte und ökologisch wertvolle Ufer ungeschmälert erhalten bleiben. Ufer sollen ausserdem ökologisch aufgewertet werden. (sho)

Die Initiative «Für Uferwege mit ökologischer Aufwertung» kommt definitiv vors Volk. Das Komitee hat sich gegen einen Rückzug entschieden.

30.10.2023 / 11:43 / von: nvi

Das Initiativkomitee der Uferinitiative hat beschlossen, die Vorlage nicht zurückzuziehen. Es sehe keinen Grund dafür, ihr Anliegen fallenzulassen, nur weil sich die Mehrheit im Kantonsrat wie erwartet gegen die

Uferinitiative ausgesprochen hat. Dies teil das Komitee heute mit. Der Kantonsrat hatte die Vorlage Anfang Oktober mit 97 zu 74 Stimmen abgelehnt.

Ein Ja zur Uferinitiative und die Verankerung des Uferschutzes in der Kantonsverfassung stärkten die öffentlichen Interessen entlang der See- und Flussufer. Zum Beispiel sei ein durchgehendes Wanderwegnetz dringend nötig. Die Bevölkerung nehme ständig zu und die Menschen bräuchten mehr Erholungsräume. Diese Wanderwege würden nicht immer direkt am Ufer geführt, da Naturschutz immer Vorrang haben müsse. Die Initiative stelle sicher, dass die hart und lieblos verbauten Ufer aufgewertet würden, sodass mehr Lebensraum für Flora und Fauna entstehe.

Das Zürcher Stimmvolk hat am 3. März an der Urne das letzte Wort.